

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

13.9.1929 (No. 213)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Karlsruher Straße Nr. 14, Fernsprecher Nr. 953 und 954, Postkontokonto Karlsruhe Nr. 8515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. Amen, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf., Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühren: 14 Pf. für 1 am Höhe und ein Zentimeter Breite. Preise und Gebote frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Rasterabdruck gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipische Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in demen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Um die Arbeitslosenversicherung Einigung Reich-Preußen

Die gemeinsamen Besprechungen der Reichsregierung und des Preußenkabinetts in der Frage der Reform des Arbeitslosenversicherungsgesetzes sind am Donnerstag in Berlin beendet worden. Neue Beratungen sind, wie mehrere Blätter mitteilen, nicht mehr nötig, da man zu einer Einigung gekommen ist, die in gemeinsamen Vorschlägen an den Reichsrat ihren Ausdruck finden soll. Es sollen heute noch Besprechungen mit den anderen Länderregierungen folgen.

Ausgangspunkt sei, nach verschiedenen Blättermeldungen, der demokratische Antrag, der den Abbau der Saisonarbeiterfürsorge betrifft. Weiter werde der bayerische Antrag, also der ursprüngliche Zentrumsantrag Nieferer, miteinbezogen, der aus Gründen der Parität neben der Saisonarbeiterfürsorge auch eine mögliche generelle Kürzung der anderen Unterstützungsleistungen vorzieht. Diese Kürzung wird nur so bemessen sein, daß das Defizit, das nach der Saisonarbeiterregelung und der gleichfalls zu berücksichtigenden Beitragserhöhung im Sinne der Vorlage des Reichsarbeitsministers noch besteht, gedeckt werden kann. Man meint, daß der Reichsarbeitsminister, der gegenüber den Gewerkschaften in gewissem Sinne festgelegt sei, eine Regelung ganz ohne Beitragserhöhung nicht übernehmen könne.

Wie der „Volksanzeiger“ erfahren haben will, ist auch ein Beschluß gefaßt worden, die Saisongewerbe und damit insbesondere das Baugewerbe und die Baustoffwirtschaft mit einer 1/2prozentigen Beitragserhöhung zu dem jetzigen Beitrag von 8 Prozent zu belasten, während die übrigen Wirtschaftsklassen eine 1/2prozentige Erhöhung des Beitrages tragen sollen. Dieser Beschluß soll nach den Informationen des Blattes mit Zustimmung der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder und unter ausdrücklichem Widerspruch der volksparteilichen Minister zustande gekommen sein.

RDJ. Berlin, 13. Sept. (Tel.) Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wurde heute vor Eintritt in die Tagesordnung vom Zentrum abgeordneten Nieferer und vom Vorstehenden Abg. Ester (Ztr.) eine Nachricht der deutschen Nationalen Pressestelle als unzutreffend zurückgewiesen, in der es hieß, nach einer Mitteilung des Abg. Graf Westarp (Dnt.) seien Zentrum und Sozialdemokraten dahin übereingekommen, das ganze Defizit der Reichskasse aufzubringen.

Vertreter der Reichsregierung setzten heute vormittag in einer gemeinsamen Sitzung mit den Vertretern der Regierungen von Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg die Verhandlungen über die Reform der Arbeitslosenversicherung fort.

Frankreich und der Youngplan Briand braucht die Radikalen

In einem französischen Ministerrat, der am Donnerstag im Grandbouillet unter Vorsitz des Präsidenten der Republik stattfand, erstattete Ministerpräsident Briand ein Exposé der Genfer Tagung. Finanzminister Cléron erstattete über die finanziellen Bedingungen Bericht, unter denen im Haag die grundsätzliche Zustimmung zum Youngplan erfolgte, und machte Angaben darüber, in welcher Weise die in diesem Plan vorgesehenen Ausschüsse bzw. die Ausschüsse, deren Schaffung die Konferenz beschloß, hat, gebildet werden. Einige dieser Ausschüsse werden bereits kommende Woche ihre Arbeiten aufnehmen.

Der Ministerrat beschloß endlich die Einberufung des Parlamentes für den 22. Oktober. Die Senatswahlen finden am 20. Oktober statt. Die Regierung will die beiden Häuser zunächst mit dem Budget für 1930 befassen. Sodann soll die Ratifizierung des Youngplanes und dann die damit zusammenhängenden Fragen in Angriff genommen werden. Die Regierung will sich die Mitwirkung der radikalsozialen Kammergruppe bei der Youngplan-Debatte versichern, auf deren Unterstützung sie angewiesen ist. Dies illustriert aufs neue die sinnwidrige innenpolitische Lage des Kabinetts Briand, das zwar ein Rechtskabinett ist, seine Majorität aber auf dem Gebiet der großen außenpolitischen Lösungen links sucht.

Die Räumungsbedingungen Briands

RDJ. Paris, 13. Sept. (Tel.) Zu dem gestrigen Ministerrat will „Excelsior“ erfahren haben, Briand habe in der Frage der Rheinandrängung die Versicherung wiederholt, daß entsprechend dem Geiste und dem Buchstaben des im Haag unterzeichneten Protokolls der für das Ende der Besetzung der dritten Zone des Rheinlandes festgesetzte Termin des 30. Juni 1930 rein militärische Bedeutung habe und die vorherige Erfüllung der drei folgenden Bedingungen erforderlich, von denen die Räumung des Rheinlandes abhängig bleibe:

1. Annahme der Gehehe, durch die die Rechtsverhältnisse der Rheinböden, der verpächten Einnahmen und der Reichsbank mit dem Youngplan in Einklang gebracht werden, durch den Reichstag.
2. Schaffung, Organisation und tatsächliches Arbeiten der internationalen Zahlungsbank.
3. Ausgabe einer ersten erheblichen Tranche deutscher Obligationen durch die internationale Bank, deren Zinsdienst und Tilgung durch den ungeschützten Teil der deutschen Annuitäten garantiert werden muß.

Erholungsreise Briands. Ministerpräsident Briand hat sich von Paris zur Erholung auf seinen Landsitz Cocherel begeben, wo er sich einige Tage aufhalten wird. Nach dem „Echo de Paris“ beabsichtigt er, alsdann eine Vergnügungsfahrt auf dem Armeekanal zu unternehmen.

Letzte Nachrichten

Die englisch-amerikanischen Flottenverhandlungen Der Verständigung nahe

RDJ. London, 13. Sept. (Tel.) Nach Neutermeldungen sollen die Meinungsverschiedenheiten in den englisch-amerikanischen Flottenverhandlungen nur mehr gering sein, so daß eine Verständigung zu erwarten sei. Macdonald wird am 28. September nach Amerika reisen.

Nach einer Meldung aus Washington erklärte Staatssekretär Stimson, die von ihm gestern an den Botschafter Dawes gesandte Note sei nicht von der Art, daß man bereits sagen könnte, sie bringe ein britisch-amerikanisches Abkommen, immerhin trage sie zur Erreichung dieses Zieles bei. Auf Grund dieser Note könne der britische Premierminister Macdonald darauf vertrauen, daß ein Abkommen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten in der Flottenfrage erzielt werden wird. Unterstaatssekretär Cotton, der sich bei Stimson befand, erklärte, auf jeden Fall sei die Annäherung zwischen den beiden Nationen so weit vorgeschritten, daß Macdonald seinen Besuch in den Vereinigten Staaten abwarten könne.

Der Washingtoner Vertreter des Neuteren Büros erzählt, daß der britische Vorschlag, die Gesamttonnage der britischen Kreuzerflotte auf 340 000 Tonnen zu bemessen, nicht vollkommen abgelehnt worden sei, es sei aber ein Kompromißvorschlag gemacht worden. Es handle sich um die Frage, wie man den Unterschied zwischen diesen 340 000 Tonnen und den 805 000 Tonnen, auf welche Präsident Hoover das amerikanische Kreuzerprogramm beschränken möchte, ausgleichen könne. Man glaube, daß sich diese Schwierigkeit dadurch überwinden lasse, daß die Vereinigten Staaten eine größere Anzahl 10 000-Tonnen-Kreuzer erhalten, und daß die gesamte amerikanische Kreuzerflotte durch Überlegenheit der Geschütze ihre Unterlegenheit an Tonnengehalt ausgleicht.

England und die Einschränkung der Landrüstungen

RDJ. London, 13. Sept. (Tel.) „Daily Telegraph“ schreibt: Die britische Regierung hat Lord Cecil als ihren Delegierten in der Abrüstungskommission des Völkerbundes angewiesen, die Einschränkungen der Landrüstungen durch Beschränkung der ausgebildeten Reservisten, der Ausbildungszeiten und des Reservekriegsmaterials vorzuschlagen.

Der bayerische Ministerpräsident in der Pfalz

RDJ. Speier, 13. Sept. (Tel.) Ministerpräsident Dr. Held weilte gegenwärtig in der Pfalz. Er wird morgen vormittag in Kaiserslautern eine Besprechung mit Vertretern des Handwerks haben, am Nachmittag mit Vertretern der Arbeitnehmerverbände. Am Dienstag beabsichtigt der Ministerpräsident am Vormittag in Kaiserslautern mit Vertretern der Landwirtschaft eine Besprechung abzuhalten, der sich am Nachmittag eine Besprechung mit der Vorstandschaft der pfälzischen Beamten anschließen soll. In der übrigen Zeit seines Aufenthalts wird der Ministerpräsident die Teile der Pfalz besuchen, die er noch nicht kennt, vor allem die südbische und westliche Grenzpfalz und die Nordpfalz. Auch wird Dr. Held an den am 25. d. M. beginnenden Reiten des Reichsrates durch die Pfalz und durch Baden teilnehmen. Dr. Held wird am 26. d. M. nach Mannheim kommen.

Nachtübung der deutschen Flotte

RDJ. Swinemünde, 13. Sept. (Tel.) Unter der Leitung des Chefs der deutschen Flotte, des Vizeadmirals Olshof, wurde von gestern auf heute eine Nachtübung der deutschen Flotte in der Ostsee abgehalten. Die Flotte war in eine blaue und eine gelbe Partei geteilt, deren jede aus vier Linien Schiffen bestehen sollte, jedoch wegen Mangels an Schiffen nur durch je zwei Linien Schiffe und zwei Tender dargestellt war. Die blaue führte der Befehlshaber der Seestreitkräfte der Ostsee, die gelbe der der Nordsee. Bei der blauen Partei befanden sich vier Torpedobootschiffsflotten (19 Torpedoboote), bei der gelben wurden die letzten Streitkräfte durch sechs Minenboote dargestellt.

Bei Einbruch der Dunkelheit begann die Übung. Die blaue Partei hatte den Auftrag, ihr Übergewicht an Torpedobootschiffsstreitkräften zur Schädigung des Gegners zur Wirkung zu bringen, bevor die schweren Streitkräfte aneinander gerieten. Die Aufgabe wurde in vollem Umfang gelöst und war heute früh gegen 3 Uhr beendet.

Der Nachtübung waren im Laufe des Donnerstags in der mittleren Ostsee Gefechtsübungen zwischen annähernd gleichstarken Streitkräften vorangegangen, die aus Linien Schiffen und Torpedoboote bestanden.

Wieder eine Sabotageaffäre in Rußland

RDJ. Moskau, 13. Sept. (Tel.) (Telegraphenunion der Sowjetunion.) Beim Leningrader Schiffbauwerk ist eine Organisation aufgedeckt worden, die der Entwicklung des Sowjet-schiffbaues dadurch entgegenwirkt, daß sie sämtliche Lieferungsbestellungen des Trutes ausländischen Firmen zu übergeben versucht. An der Spitze der Organisation stand der technische Direktor des Trutes, Wladimir Kosteno, ein ehemaliges Mitglied des Zentralkomitees der Sozialrevolutionären Partei. Die Mitglieder der Organisation waren bedeutende Fachleute des Trutes. Der dem Staate zugefügte Gesamtschaden beträgt 15 Millionen Rubel. Insgesamt wurden neun Personen zur Verantwortung gezogen.

Wirtschaftliche Umschau

Das Sparen des Arbeitnehmers — Öffentliche Baupar-kassen — Die katastrophale Lage auf dem Hopfenmarkt — Angellager

Manche Lehren amerikanischer Wirtschaftsführer, wie des Autofabrikanten Ford und des Warenhausbesitzers Filene, bergen für unsere deutschen Verhältnisse für Arbeitgeber und Arbeitnehmer erhebliche Gefahren in sich, zumal sie vielfach nackt und ohne Erläuterung in ihrer ganzen Einseitigkeit hingestellt und verwertet werden. So ist die einfache Behauptung, daß hohe Löhne, die prompt verbraucht werden, der Beschäftigung und Kapitalbildung viel mehr dienen, als das Sparen, für unsere Verhältnisse nicht brauchbar, besonders nicht, wenn nicht gleichzeitig darauf hingewiesen wird, daß sich die Löhne nach der Leistung richten müssen. Im anderen Fall muß der Betrieb entweder ganz unrentabel oder immer mehr auf fremdes Kapital angewiesen werden. Auf die mangelhafte Kapitalbildung in der deutschen Wirtschaft geht ihre Überfremdung zurück. Die deutsche Wirtschaft als ganzes betrachtet, kann Lohnerhöhungen nur in einem Maß tragen, das ihr auch eine fortschreitende eigene Kapitalbildung ermöglicht. Lohnerhöhungen, die dieses Maß überschreiten und die deutsche Wirtschaft unrentabel machen, bedingen entweder erhöhte Kredite des Auslands und Überfremdung, oder Zusammenbrüche. So geschaffener erhöhter Konsum geschieht mit künstlicher, zusätzlich erborgter Kaufkraft, mit der Folge erhöhten Imports und weiterer Verschuldung und Belastung. Nur echte, durch entsprechende Leistungen bedingte Lohnerhöhungen können der deutschen Volkswirtschaft nützen. Unter dieser Voraussetzung ist im Hinblick auf unsere passive Handels- und Zahlungsbilanz auch das Sparen des Arbeitnehmers als wichtiger Faktor zur Kapitalbildung von großer Bedeutung, von größerer, als einfacher Mehrkonsum, besonders da, wo dieser zum Nutzen des Auslands in Auslandsware erfolgt.

Der diesjährige deutsche Sparkassentag in Königsberg hat sich gleichfalls mit dem Verhältnis von Sparkassen und Arbeitnehmerschaft beschäftigt. Es wurde darauf hingewiesen, daß die deutschen Arbeitnehmer bereits jetzt, trotz ihrer vielfach schwierigen Lage, einen starken Bestandteil des Sparerkreises der deutschen Sparkassen darstellen und der Wunsch geäußert, daß dies künftig in noch stärkerem Umfang der Fall sein möge. Das Sparen auf der Sparkasse habe individualistischen Charakter und ergänze das Sozialsparen, das seiner Natur nach nur Sicherung gegen die schlimmsten Risiken des Lebens bieten könne. Die Hauptfrage ist freilich die richtige Anlage des so gebildeten inländischen Kapitals. Die Sparkassen weisen dabei darauf hin, daß sie aus den angesammelten Spargeldern auch vieles für die Arbeitnehmerschaft leisten, wie im Wohnungs- und Siedlungswesen, und durch Kommunalkredite (Schaffung von Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten). Die Sparkassen bilden außerdem ein Gegengewicht gegen Auswüchse des Großkapitals. Mit den von den Gewerkschaften gegründeten Sonderpar-einrichtungen sei eine Zusammenarbeit in gewissem Umfang möglich, wobei die Sparkassen jedoch daran festhalten, daß ihnen die Fürsorge für die gesamte minderbemittelte Bevölkerung auf dezentralistischer Grundlage obliegt.

In diesem Zusammenhang ist auf die erfreuliche Feststellung des badischen Gewerbeaufsichtsamts zu verweisen, daß sich nämlich in Baden die Zahl der rein proletarischen Existenzen, d. h. derer, die rein nichts besitzen als ihre Arbeitskraft, vermindert und eine leichte Besserung der Besitzverhältnisse sich auch in proletarischen Kreisen bemerkbar macht.

Zimmerhin wohnen — wie der Präsident der badischen Girozentrale, Dr. Gugelmeier (Mannheim) in einem Vortrag über öffentliche Baupar-kassen ausführte — nur 9 Proz. der deutschen Arbeiterschaft in eigenen Wohnräumen, während es z. B. in Amerika 69 Proz. sind. Öffentliche Baupar-kassen sind nun bereits in Baden, im Rheinland, in Westfalen, in Hessen und in Hessen-Nassau eingerichtet. Andere Länder und Provinzen werden folgen, so daß schließlich eine einheitliche Organisation für das ganze Reich geschaffen wird.

Die öffentlichen Baupar-kassen wollen — vorausgesetzt, daß der Baupar-er 20 Proz. der Bausumme, einschließlich des Bodenwertes besitzt oder sich erpart — erforderlichenfalls ihm die erste Hypothek beschaffen und ihm die

zweite Hypothek zu 4 Proz. Zins geben. Freilich muß vorerst die Auswahl der Baupläne noch durch Auslochung erfolgen, ähnlich wie das in privaten Bauparlamenten geschieht. Sobald sich jedoch die Geldverhältnisse erleichtern, sollen nach dem System der englischen und amerikanischen Bauparlamente, auch mit Hilfe fremder Gelder allen ernstlichen Bauparlamenten nach kurzer Wartezeit Hypotheken beschafft werden. Die Bauparlamenten können jetzt Bauverträge auf 9, 12, 15 oder 18 Jahre abschließen, wobei der Spar- und Tilgungsbetrag natürlich sich desto höher stellt, je kürzer die gewählte Zeit ist. Es sind Überweisungen von einer zur andern öffentlichen Bauparlamenten möglich. Bei Rücktritt vom Vertrag erfolgt die Rückzahlung in Form einer Zeitrente.

Die badischen Hopfenpflanzer klagen über die geradezu katastrophale Lage des Hopfenmarkts. Während im vorigen Jahr Preise bis 260 RM für den Zentner erzielt wurden, werden in diesem Jahr Zentnerpreise von 10 bis 40 RM genannt. Bei Hopfen handelt es sich, ähnlich wie bei Wein, um ein Qualitätsprodukt, das einen recht mühsamen Anbau erfordert und das recht verschieden ausfällt, demgemäß immer ein erhebliches Risiko in sich schließt. Dieses Jahr ist aber die Qualität ausgezeichnet und auch der Menge nach in Deutschland eine Rekord-ernte zu verzeichnen. Dies hat auf die Preise gedrückt, außerdem liegen aber noch vom Vorjahr große Mengen Hopfen, auch ausländischer, in den Lagern. Handel und Brauereien halten sich beim Einkauf zurück, und dies führte die tatsächlich katastrophale Situation herbei. Die Preise lohnen nicht einmal das Pflücken. Die Landwirte erklären auch den Zollsatz von 60 RM pro Doppelzentner für ganz ungenügend. Die Hopfenanbauflächen in Baden, die in der unteren Rheinebene und im Seegebiet liegen, und seit langem im Rückgang sind, sind verhältnismäßig klein. Sie betragen im ganzen nur wenige Prozent der gesamten deutschen Hopfenanbaufläche, während Bayern, das größte deutsche Hopfenland, 86 Proz. der deutschen Hopfenanbaufläche besitzt. Immerhin handelt es sich bei der badischen Hopfenernte um 8000 bis 10 000 Zentner, und der Ausfall, den die badische Landwirtschaft durch die Preisentwicklung erleidet, ist also sehr bedeutend.

Der deutsche Hopfenbau soll durch ein dem Reichstag vorliegendes Reichsgesetz über die Herkunftsbezeichnung des Hopfens unterstützt werden. Das Gesetz stellt die örtliche inländische Bezeichnung des deutschen Hopfens für den gesamten gewerbmäßigen Verkehr unter gesetzlichen Schutz. Es bezweckt offenbar, die Qualität des deutschen Hopfens zu heben, seinen Anbau zu rationalisieren und auf die günstigsten Lagen zu beschränken. Es wird jedoch nur der Erzeugungsort vorgeschrieben, nicht eine bestimmte Hopfengattung. Dadurch will man vermeiden, daß Hopfen, der aus Feuchtern bekannter Lagen an anderen Orten gezogen wird, diese Lagenbezeichnung erhält. Das Reichsgesetz will nur Rahmengesetz sein und überläßt es den Landesregierungen, den ihn ihrem Gebiet erzeugten Hopfen „der amtlichen Bezeichnung nach der örtlichen Herkunft“ zu unterstellen. Auch die Ausführungsbestimmungen sollen den Landesregierungen überlassen bleiben, solange der Reichsrat von dem ihm dazu vorbehaltenen Recht keinen Gebrauch macht. Die Landesregierung kann einzelne „Siegelbezirke“ errichten, welche Gebiete mit gleichmäßiger Hopfenerzeugung umfassen. Diese Siegelbezirke können auch wieder zu einem Anbaugebiet zusammengefaßt werden. Der „deutsche Siegelhopfen“ soll in besonderen Siegelhallen (die von Gemeinden und Gemeinverbänden errichtet werden) gekennzeichnet werden und umfaßt nur in bestimmten Anbaugebieten erzeugten Hopfen. Wird einmal gesiegelter Hopfen umgepackt, so muß er neu gekennzeichnet werden.

Der schwedische Kugellager-Werke (SKF.) hat jetzt seine Expansion in Deutschland zum Abschluß gebracht. Er kontrolliert nun die größten deutschen Kugellagerfabriken, deren Gesamtumfang etwa 75 bis 80 Proz. der deutschen Fabrikation ausmacht. Dabei kam es zu einem Bündnis mit der deutschen Schwerindustrie, die im Aufsichtsrat vertreten ist. Sie sichert sich dadurch die Rohstofflieferung mit Edelstählen, während andererseits mit dem Beherrscher des Truistes, Ivar Kreuger, der selbst eigene Edelstahlwerke in Schweden besitzt, ein Abkommen über große Ergänzungen an die deutsche Schwerindustrie abgeschlossen worden sein soll. Der erst kürzlich gegründete deutsche Kugellager-Stahlverband der Schwerindustrie wird mit dem Kugellagertrust freundschaftlich zusammenarbeiten. Die deutsche Gesellschaft des Truistes „Vereinigte Kugellager-Fabriken AG.“, die mit einem Aktienkapital von 40 Millionen neugegründet wurde, wird ihren Konzernsitz in Berlin haben, die Fabrikation, die stark rationalisiert werden soll, wird jedoch allmählich nach Schweinfurt und Cannstatt konzentriert, was die Stilllegung der Fabriken Rheinland AG. (Kugellagerwerk) und Niebelerwerk AG. zur Folge haben wird. Durch die Überfremdung ist auf der andern Seite ein Kampf vermieden worden, bei dem die Stellung der betreffenden deutschen Werke nicht allzu günstig war, ihre Weiterbeschäftigung ist nun ebenso gesichert, wie der deutschen Stahlindustrie die Rohstofflieferung. Die größten, außerhalb des Kugellagertrusts stehenden deutschen Firmen sind die Berlin-Karlshener Industriewerke (Meldungen über Verhandlungen mit dem Trust wurden Anfang August dementiert) und die Schweinfurter Firma Fischer.

Die Völkerbundstagung

Sechstes Essen

Der bekannte Artikel 19 des Völkerbundespatentes, der der Völkerbundsversammlung die Möglichkeit gibt, unanwendbar gewordene oder veraltete Verträge, deren Aufrechterhaltung dem Weltfrieden gefährlich werden könnte (also ev. auch der Versailler Vertrag) zur Revision zu bringen, hat die Tagesordnungs-Kommission der Völkerbundsversammlung beschäftigt. Es handelt sich um einen chinesischen Antrag, Maßnahmen zur praktischen Durchführung dieses Artikels, der bisher niemals angewendet worden ist, zu finden. Da der Artikel aber für den Völkerbund ein sehr heißes Eisen darstellt, an das niemand gern herangeht, so konnte sich die Tagesordnungs-Kommission nicht entschließen, den chinesischen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen. Man wird wahrscheinlich versuchen, der Versammlung die Ablehnung des chinesischen Antrages in irgendeiner verschleierte Form vorzuschlagen.

Am die Frage des Artikels 19 kommt aber diesmal die Völkerbundsversammlung wahrscheinlich doch nicht ganz herum, weil dieser Artikel ja auch im Zusammenhang mit der von England beantragten und vom deutschen Außenminister unterstützten Frage der Harmonisierung mit dem Kelloggpatent zur Sprache kommen muß, nachdem die Gräner des Völkerbundes selbst das Bestehen unanwendbar gewordener Verträge als eine ernste Kriegsunlage anerkannt haben.

Verschiedene Delegationen, darunter die englische und die deutsche, die beide im Tagesordnungsausschuß vertreten sind, wollen den chinesischen Antrag in der üblichen Form der Überweisung an den zuständigen Verfassungsausschuß behandelt wissen, ein Vorgehen, mit dem man sich auf chinesischer Seite selbst im Falle der schließlichen Ablehnung des Antrages durch den Rechts- und Verfassungsausschuß einverstanden erklären dürfte.

In Frankreich hat die chinesische Initiative großes Unbehagen ausgelöst. China wolle den Deutschen den Weg zu einer Revision der Verträge öffnen. „Echo de Paris“ schreibt: „Es ist klar, daß kein Vertrag ewig dauern kann. Die Ereignisse lassen die internationalen Abmachungen langsam in sich zusammenfallen und die Verträge von Versailles, Saint Germain, Trianon und Neuilly werden das Schicksal erleiden, wie alle anderen vor ihnen abgeschlossenen Pakte. Man hat jedoch noch nicht gehört, daß die Urheber eines Paktens eine Dynamitpatrone in ihr Vertragswerk stecken und so eine Handhabe gegeben hätten, um es zu zerbrechen. Der Artikel 19 ist eine solche Dynamitpatrone.“ Das nationalisierte Blatt knüpft freilich große Hoffnungen an die Einstimmigkeitsklausel, die eine Revision der Verträge sehr erschweren müsse.

Breitscheid über die zollpolitische Abrüstung

Im zweiten Ausschuß der Völkerbundsversammlung legte Dr. Breitscheid einen vorläufigen Berichtsentwurf über die Wirtschaftstätigkeit des Völkerbundes vor. Er führte u. a. folgendes aus:

Die Statistik und die Vereinheitlichung der Zollnomenklatur sind unerlässliche Vorbedingungen für alle materiellen Arbeiten auf internationalem Wirtschaftsgebiet. Ein Sachverständigenausschuß aus Arbeitgebern und -nehmern wird am 30. September d. J. wieder zusammentreten, um dieses wichtige Problem in Angriff zu nehmen. Die französische Delegation hat die Abhaltung einer diplomatischen Konferenz beantragt, die sich mit dem Kohlenpreis und der Disparität zwischen Kohlenproduktion und Kohlenverbrauch beschäftigen soll. Auch hinsichtlich des Zuderproblems hat die französische Delegation die Einberufung einer diplomatischen Konferenz beantragt. Wer eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit der Nationen wünscht, müßte sich auch für eine möglichst internationale Regelung der Materie des Fremdenrechtes einsetzen.

Der wichtigste Teil der Ausführungen betrifft den Zollbau. Die autonome Regelung, so führte Dr. Breitscheid aus, hat verfallen. Dem Deutschen Reichstag wurde zwar ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt, aber die Erwartung, daß auch andere Staaten nachfolgen werden, hat sich nicht erfüllt. Der belgische Delegierte, Hymans, hat in der Völkerbundsversammlung den interessanten Vorschlag gemacht, die Staaten sollten sich durch internationale Abkommen verpflichten, ihre Zölle nicht mehr zu erhöhen. Diese Abrüstung wäre in der Tat eine Art zollpolitischer Waffenstillstand. Briand hat die meines Erachtens richtige These vertreten, daß es kaum möglich sein wird, die Frage der wirtschaftlichen Abrüstung lediglich durch technische Sachverständige zu lösen. Das Problem müsse von der politischen Seite angefaßt werden und die Regierungen selbst sollten es in die Hand nehmen.

Die Frage der Ein- und Ausfuhrverbote

Nachdem am Mittwoch in Genf das Inkrafttreten der internationalen Vereinbarungen für Güter und Knochen für 17 europäische Staaten zu dem bereits vor Jahresfrist vorgesehenen Termin des 1. Oktober gelungen ist, soll nunmehr auch ein Versuch gemacht werden, die entscheidende Hauptkonvention über die allgemeine Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote, die zum 1. Januar 1930 in Kraft treten soll, aber erst 12 statt 18 Ratifikationen erhalten hat, ebenfalls rechtzeitig in Kraft treten zu lassen. Der holländische Delegierte Jolijn hat zu diesem Zweck in seiner Eigenschaft als früherer Präsident der entsprechenden Staatenkonferenz die Vertreter der 29 Unterzeichnerstaaten zu einer Besprechung eingeladen, um das rechtzeitige Inkrafttreten des Hauptabkommens wenigstens zwischen der Mehrzahl der Unterzeichnerstaaten zu ermöglichen.

Die Arbeiten der Völkerbunds-Ausschüsse

Im Abrüstungsausschuß stand am Donnerstag das finnländische Projekt zur finanziellen Unterstützung angrenzender Staaten zur Erörterung. Ein Mitglied des Finanzausschusses, der bekannte Londoner Bankfachverständige Stradaß (Südafrika) entwickelte den Mechanismus des vom Finanzausschuß ausgearbeiteten Konventionentwurfes. Bei einem Beitritt sämtlicher Völkerbundsstaaten könnte, wie er ausführte, im Ernstfalle ein Betrag von 150 bis 200 Millionen Schweizer Franken als ausländische Anleihe geleistet werden, ein relativ hoher Betrag, wenn man bedenkt, daß im Weltkrieg die Kriegslasten bis zu 85 Prozent vom inneren Markt aufgebracht worden seien. Die Konvention sei nach seiner Meinung das wirksamste Mittel zur Kriegsvorbereitung, die der Völkerbund bis jetzt geschaffen hätte. Der Entwurf fand ziemlich weitgehende grundsätzliche Unterstützung, wenn auch wegen der politischen Seite der Angelegenheit Vorbehalte angemeldet wurden, so von Dänemark, Holland und Deutschland. Der englische Vertreter gab trotz grundsätzlicher Unterstützung des Planes in bezug auf die mögliche Unterzeichnung durch England eine Erklärung ab, die die des englischen Außenministers vor der Vollversammlung abzwang. Graf Bernstorff unterstrich wie die Vertreter Dänemarks und Hollands die politischen Bedenken und schloß sich dem englischen Vorschlag an, den Entwurf nochmals zu weiterer Prüfung einem Studienausschuß zu überweisen. Er erklärte, daß eine Ratifizierung durch Deutschland nur möglich sei nach dem Zustandekommen einer wirtschaftlichen Abrüstungskonvention, da sonst die nötige Zweidrittelmehrheit im Reichstag nicht aufgebracht werden könnte.

England und Frankreich

Eine Unterredung mit Macdonald

WTB. Paris, 13. Sept. (Tel.) In einem Interview, in dem der Chefredakteur des „Reit Parisien“ Aufschluß über die Einstellung Englands zu Frankreich zu erlangen suchte, erklärte Macdonald, daß die Politik der Arbeiterpartei niemals gegen Frankreich gerichtet sei. Er denke nicht daran, mit irgendeinem Staat eine Allianz abzuschließen, die gegen Frankreich gerichtet sei.

Durch seinen Ausspruch „keine Allianzen, keine Entente mehr, das ist eine überholte Einstellung“, habe er kategorisch feststellen wollen, daß die Haltung der jetzigen Regierung von derjenigen der früheren verschieden sei. Die Vorkriegsallianz sei gegen andere gerichtet gewesen. Nun sei es aber ein politischer Grundsatz der Arbeiterpartei, daß die Freundschaft von Volk zu Volk keine Spitze gegen irgendein anderes haben darf, entsprechend dem Geist der Nachkriegszeit. Daher müsse auch die Ausdrucksweise den neuen Zeiten und den neuen Ideen angepaßt werden. Das sei der Sinn seiner Worte „überholte Einstellung“.

Aber die Beziehungen Englands zu anderen Völkern befragt, erklärte Macdonald: „Ich denke nicht daran, mit irgendeinem Staat eine Allianz abzuschließen, von der Frankreich ausgeschlossen wäre, oder die gegen Frankreich gerichtet wäre.“

Zur Haager Konferenz erklärte er: Man sollte sich in unsere Lage versetzen. Wir waren an der äußersten Grenze unserer Verträge zum Frieden angelangt. Denken Sie an die ungeheuren Lasten unserer Schulden gegenüber Amerika, an die uns bebrängenden Wirtschaftsprobleme, an unser Arbeitslosenelend und an den Druck unserer Steuern. Wir konnten es nicht als gerecht hinhinnehmen, daß die Sachverständigen, die dazu keinen Auftrag hatten, das Abkommen von Spa abänderten. Wir konnten den neuen Schanden, den uns der Youngplan zufügte, nicht dulden. Wir werden alles tun, um die entstandenen Mißverständnisse zu zerstreuen.“

Die Lage in Palästina

Es gährt weiter

WTB. London, 13. Sept. (Tel.) „Daily Mail“ meldet aus Jerusalem, daß die Behörden neue Zusammenstöße zwischen Juden und Mohammedanern befürchten. Vorkereigungen werden getroffen, um heute alle Polizeiposten zu verdoppeln und die zur Stadt führenden Wege zu bewachen. Ausschreitungen sind in Jerusalem seit Beginn der Unruhen jeden Freitag vorgekommen. Es wird eine geheime Versammlung der Beduinen Palästinas und des Ostjordanlandes gemeldet. Truppen sind deshalb am Jordanfluß aufgestellt worden, um zu verhindern, daß größere Abteilungen Beduinen den Fluß überqueren. Vorgestern abend überfielen Araber eine jüdische Niederlassung bei Manahia in der Nähe der syrischen Grenze und ermordeten zwei Juden. Es wird erwartet, daß in nächster Zeit die Luftstreufräfte stark vermehrt werden.

„Daily Telegraph“ meldet aus Jerusalem, arabische Studenten haben ein Manifest zugunsten eines allgemeinen Boykotts der Juden veröffentlicht, in dem diese als die „Folterer Christi und Vergifter Mohammeds“ bezeichnet werden. Andererseits veröffentlicht der arabische Kongressausschuß ein Manifest in ganz Palästina, in dem unbedingt in Abrede gestellt wird, daß die Juden irgendwelche der mohammedanischen heiligen Stätten verlegt hätten. Der Korrespondent des Blattes meint, dies werde zur Wiederherstellung der Ruhe beitragen, da Tausende von Arabern aufgrund der Ansicht gewesen seien, daß die Juden sich der Schändung heiliger Stätten schuldig gemacht hätten.

Die internationale Zahlungsbank

WTB. New York, 13. Sept. (Tel.) „New York Times“ meldet die Ernennung des Präsidenten der First Nationalbank of New York, Jackson C. Kemnolb, und des Präsidenten der First Nationalbank of Chicago, Melvin A. Traylor, zu Mitgliedern des Statutenausausschusses der Internationalen Zahlungsbank. Beide würden in den nächsten Tagen nach Brüssel abreisen. Die offizielle Veröffentlichung der Ernennung werde erst nach Befragung der übrigen Mitglieder erwartet.

Die Untersuchung der Bombenanschläge

Geständnisse

Nach privaten Meldungen haben die ununterbrochenen Vernehmungen im Altonaer Polizeipräsidium am Donnerstagabend Fortschritte gemacht, nachdem die Verhafteten 24 Stunden hindurch jede Mithäterschaft leidenschaftlich abgepritten hatten. Ein Teil der Verhafteten hat jetzt die Beteiligung an den Bombenattentaten zugestanden. Zunächst hat der Synbinus Guido Welsche ein Geständnis abgelegt. Nach seiner Aussage hat er das Sprengstoffattentat in Weidenfleth am 28. November vergangenen Jahres, das erste in der Reihe der Attentate, mit verübt.

Am Mittwoch wurde in der Wohnung des Hamburger Kaufmanns Alfred Bänjer eine Höllemaschine gefunden, die er von Ridel erhalten hat. Die Untersuchung hat nun ergeben, daß die Anordnung des Zeitzünders unter Verwendung von drei Taschenlampenbatterien und einem Uhrwerk die gleiche war, wie im Falle Lüneburg und Schleswig. Die Höllemaschine enthielt 733,5 Gramm Sprengstoff.

Ein Waffenlager im Kreise Winsen

WTB. Hamburg, 13. Sept. (Tel.) Wie der Polizeibericht meldet, wurden bei einer Durchsuchung in der letzten Nacht auf dem Anwesen des Vaters des in der Sprengstoffangelegenheit festgenommenen Landmanns Amandus Sid in Wölsch (Kreis Winsen) auf dem Hausboden folgende Waffen- und Munitionsvorräte gefunden: 2 Maschinengewehre, 28 Gewehre, 35 Stielhandgranaten, 7 Schachteln Sprengstoff, 7 Gewehrläufe, 5 Kisten Maschinengewehrmunition, 2 Kisten Gewehrmunition, außerdem Ersatzteile, Werkzeuge, Öl- und Wasserkränze. Das Versteck der Gegenstände war ein 3 Meter tiefer ausgemauerter Schacht. Der Fußboden war an der betreffenden Stelle des Hausbodens herausgehauen und in die entstandene Luke wieder hineingelegt worden. Eine große Futterkiste, die über diesem Auschnitt stand, verdeckte die Stelle. Auch Amandus Sid sen. wurde festgenommen.

Im fünften Verfassungsausschuß (humanitäre und soziale Fragen) gab Frau Reichstagsabgeordnete Lang-Brumann einen Überblick über die Methoden der Bekämpfung der Prostitution in Deutschland. Die beste und wirksamste Hilfe im Kampfe gegen die Prostitution sei die weibliche Polizei, die auch in Deutschland eine immer wichtigere Rolle spiele.

Das Volksbegehren der Rechten Bedenken des Landbundes

Das Reichsinnenministerium hat zu dem vom Eugenbergschen Kreis eingereichten „Volksbegehren gegen die Verkündung Deutschlands“, dessen Gesetzentwurf Donnerstag früh veröffentlicht wurde, bisher keine Stellung genommen. Es wird warten, bis der Gesetzentwurf ihm offiziell zugegangen ist. Die Prüfung der Zulässigkeit des Volksbegehrens wird sich namentlich auf § 4 des Gesetzentwurfs beziehen, der die Grundlage dafür schaffen will, daß Mitglieder des Reichskabinetts vor den Staatsgerichtshof gestellt werden können, wenn sie künftig Tributverträge unterzeichnen. Erst nach der offiziellen Einreichung des Volksbegehrens, die in etwa 10 Tagen erfolgen soll, wird die Frage aufgeworfen werden, ob das Volksbegehren verfassungsändernd ist oder nicht.

* Laut „D. A. Z.“ hat das Präsidium des Reichslandbundes, das sich am Mittwoch mit dem Wortlaut des Volksbegehrens beschäftigte, einstimmig beschlossen, dem § 4 die Zustimmung zu verweigern. Die Veröffentlichung des Volksbegehrens in seiner jetzt vorliegenden Gestalt erfolgte, ohne daß dieses Bedenken des Reichslandbundes berücksichtigt wurde. Auch die dem Reichslandbundes bisher angehörenden beiden Vertreter der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei haben dem § 4 nicht zugestimmt. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt, daß die Meldung der „D. A. Z.“ im wesentlichen zutreffend sei. Es sei aber anzunehmen, daß alsbald Verhandlungen über eine entsprechende Änderung des Entwurfs geführt werden, der ja dem Reichsinnenministerium noch nicht zugeleitet worden sei.

Der Nachtragsetat im Reich

Die Reichsfinanzstellen haben dem Reichsfinanzministerium ihre Forderungen für den kommenden Nachtragsetat vorgelegt. Wie der „Dem. Zeitung“ berichtet, sind insbesondere vom Reichsarbeitsministerium sehr erhebliche Mittel angefordert worden. Im Reichsfinanzministerium werden gegenwärtig die einzelnen Anforderungen der Ministerien geprüft. Dabei steht man auf dem Standpunkt, daß nur zwangsläufige und unvermeidliche Ausgaben im Nachtragsetat vom Reichstag angefordert werden sollen. Auch die Wünsche auf Schaffung neuer Beamtenstellen sollen unberücksichtigt bleiben. Die Gesamtsumme, die im Nachtragsetat gefordert wird, ist noch nicht festgesetzt. Doch dürfte sie ungefähr den Erleichterungen entsprechen, die der Youngplan uns für das laufende Jahr gewährt.

Eine neue Eroberung des „Zeppelin“

Aus Bukarest wird berichtet: Es ist leider festzustellen, daß Deutschland und alle deutschen Unternehmungen in Rumänien, besonders die Liberalen anbelangt, eine sehr schlechte Presse haben. Grobenteils hängt das damit zusammen, daß diese Blätter inhaltlich und auch in bezug auf ihre Richtung von französischen Quellen abhängen.

So hatten auch die Großtaten der deutschen Luftschiffahrt bisher wenig Erfolg bei den Rumänen: entweder man schwieg sie tot oder man suchte sie mit einigen geschäftigen Worten abzutun. Selbst dem „Graf Zeppelin“ ist es in dieser Weise in dem größten Teil der rumänischen Presse so ergangen.

Kennzeichnend aber hat wohl zum Teil im Zusammenhange mit dem Stimmungswechsel in Frankreich dem Zeppelin gegenüber eine Schwermütigkeit stattgefunden. Selbst der „Victor“, der bisher alle misgünstigen Urteile der französischen Presse über den „Graf Zeppelin“ sorglich in seinen Spalten gesammelt hatte, bringt plötzlich einen höchst sympathischen Artikel über die letzte große Leistung des deutschen Luftschiffes. Der Artikel, unter dem Titel „Die Umkreisung der Erde im Ballon“, preist die Leistung Dr. Gedeners und seines Luftschiffes in allen Tönen und ist sogar mit einem Bilde des fähnen deutschen Bahnbrechers geschmückt.

Wenn auch dieser Artikel der französischen Presse, nämlich dem „Journal des Débats“ entnommen ist, so bleibt doch der Sieg, den der „Graf Zeppelin“ in Rumänien errungen hat, erfreulich.

Dubnoff Nachfolger Lunatscharfs. Das Präsidium des Zentralerziehungsausschusses Innerrußlands hat dem Gesuch des Volkskommissars für Volksbildung, Lunatscharf, stattgegeben und ihn von den Pflichten seines Amtes entbunden. Zu seinem Nachfolger wurde Dubnoff ernannt.

150 Jahre Musikalische Akademie des Nationaltheaterorchesters Mannheim

Nach dem Jubiläum des Theaters begehrt auch die Musikalische Akademie des Nationaltheaterorchesters in diesem Jahre ihr 150jähriges Jubiläum. Wie das Mannheimer Theater durch Schillers „Mäurer“ zur geschichtlich bedeutsamen Stätte der Kunst wurde, beeinflusste das Mannheimer Orchester um die Mitte des 18. Jahrhunderts die Musik durch die Einführung der dynamischen Zeichen. Nach Überwindung des kurfürstlichen Hofes nach München vereinigten sich die vertriebenen Hofkapellmeister mit Liebhabern, die im November 1778 das erste Konzert mit den neuen Musikzeichen gaben. Aus diesen „Liebhaberkonzerten“ sind die „Musikalischen Akademien des Hoftheaterorchesters“ — heutigen Nationaltheaterorchesters — hervorgegangen. Diese Art des neuen Musikierens ging als „Mannheimer Schule“ ein in die Geschichte der Musik.

Das 150jährige Bestehen der Musikalischen Akademie ist somit nicht nur ein lokales Ereignis. Es werden am 28. und 29. September in Mannheim eine Reihe von großen künstlerischen und gesellschaftlichen Veranstaltungen stattfinden, zu denen hervorragende Persönlichkeiten aus Kunst, Wissenschaft und Literatur geladen sind. Im Nibelungenjahr des Rosengartens und im Schloß werden Konzerte unter Leitung berühmter Dirigenten abgehalten. Im Laufe des Winters werden neun Jubiläumskonzerte veranstaltet, deren Dirigenten die früheren Leiter der Akademie sind.

Das „Zell“-Spiel auf der Freilichtbühne Ditzheim

Lochte am letzten Sonntag wieder tausende seiner begeisterten Anhänger nach Ditzheim. In den hochangeregten, wuchtigen Massenformen, den farbenprächtigen Aufzügen zu Fuß und zu Pferde, kam die großartige Regie des Spielleiters wieder voll zur Geltung. Das „Zell“-Spiel in solcher Aufmachung ist ein Erlebnis. Besonders unsere begeisterungsfähige Jugend sollte Veranstaltung nehmen, dieses schöne Spiel zu schauen, dem noch drei Spielfesttage gewidmet sind.

Feuerbach-Ehrung in Speier. Aus Anlaß der hundertsten Wiederkehr des Geburtstages des großen Malers, Anselm Feuerbach wurde das Geburtshaus in der Allerheiligenstraße in Speier angemessen instand gesetzt und mit einer neuen von Künstlerhand gefertigten Gedenktafel aus Stein versehen. Weiter ist beabsichtigt, aus öffentlichen Mitteln in der Stadt eine Bronzestatue zur Aufstellung zu bringen. Von einer offiziellen Feier hat die Stadt abgesehen.

Die englisch-amerikanische Zahlungsbilanz

Aus Washington wird berichtet:

Der gesamte Handelsumsatz zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten im Jahre 1928 betrug nach amerikanischer Statistik 1200 Millionen Dollar. Nur der Handel der Vereinigten Staaten mit Kanada war größer, und zwar um 205 Millionen Dollar. Es handelt sich hierbei um den Handel zwischen den Vereinigten Staaten einschließlich Alaska, Hawaii und Porto Rico einerseits und den britischen Inseln mit Ausnahme des Irischen Freistaates andererseits. Nähme man bloß Britisch-Malaya hinzu, wäre die Zahlungsbilanz um 200 Millionen Dollar günstiger für England. Der Handel der Vereinigten Staaten mit Süd- und Südostasien hatte im Jahre 1928 einen Einfuhrüberschuß für die Vereinigten Staaten im Betrage von rund 899 Millionen Dollar. Die Einfuhr und Ausfuhr von Kapital zwischen den beiden großen Nationen ist von der Statistik nicht erfasst.

Nach diesen Einschränkungen ist festzustellen, daß im eigentlichen Handel nach amerikanischer Statistik die Vereinigten Staaten für 847 Millionen Dollar nach England ausgeführt und für 848 Millionen Dollar aus England Waren eingeführt haben. Mitin ist die Handelsbilanz mit 499 Mill. Dollar für Amerika aktiv. Nach englischer Statistik steigt diese Summe sogar auf 584 Mill. Dollars. Den gesamten Handel mit Einschluß der Aufnahme von Rohle und El durch Schiffe sowie der Goldzufuhr war die Handelsbilanz mit 559 Mill. Doll. im Jahre 1928 (mit 533 im Jahre 1927) aktiv für die Vereinigten Staaten.

Das englische Passivsaldo der Handelsbilanz wird aber durch die verschiedenen unsichtbaren Zahlungen herabgedrückt. Freilich ist in Betracht zu ziehen, daß England in den beiden letzten Jahren 161 und 160 Mill. Doll. Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten abgeführt hat. Abgesehen von dieser Summe hatte England für Ozeanfrachten, Passagierverkehr, Ausgaben seiner Touristen in den Vereinigten Staaten, Zahlungen von Emigranten in die Heimat, Zinsen von langfristigen und kurzfristigen Investitionen usw. 106 Mill. Dollars zu zahlen, während die entsprechenden Zahlungen der Vereinigten Staaten 229 Mill. betragen. Die Vereinigten Staaten hätten mithin in diesen Zahlungen ein Passivsaldo von 68 Mill. Doll. (1927: 43 Mill. Doll.), wodurch das gesamte amerikanische Aktivsaldo der Zahlungsbilanz im Jahre 1928 auf 491 Mill. Doll. für die Vereinigten Staaten (im Jahre 1927 auf 490 Mill. Doll.) festgesetzt wird.

Eisenbahngeschwindigkeit in der Schweiz. Die Generalversammlung der schweizerischen Bundesbahnen hat beschlossen, die Maximalgeschwindigkeit von 90 auf 100 Kilometer zu erhöhen.

Deutscher und preussischer Städtetag

Am 27. und 28. d. M. werden in Frankfurt die Tagungen des Deutschen und des Preussischen Städtetages stattfinden. Auf der Tagung des Deutschen Städtetages (Freitag, den 27. September) referiert Präsident Dr. Müller über: „Sinn und Form der Selbstverwaltung“, auf dem darauffolgenden Tag stattfindenden Preussischen Städtetag Oberbürgermeister Dr. Jarres (Duisburg-Hamborn) über: Die Bedeutung der gemeindlichen Unternehmungen im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft.“

Die Arbeitszeit in den britischen Kohlengruben. Der Vollausschuß des englischen Bergarbeiterverbandes beschloß, die Kohlengrubenbesitzer dringend zu eruchen, mit den Vertretern des Bergarbeiterverbandes zusammenzutreten, um die Differenzen über die Arbeitszeit sowie die Frage eines Abkommens auf nationaler Grundlage zu erörtern. Sollte der Verband der Kohlengrubenbesitzer ablehnen, so würde die Regierung einschreiten, um eine Annäherung beider Parteien anzubahnen, da die regionalen Abkommen nur bis Ende d. J. gelten.

Die Zusammenschlüsse von Südamerika. Die Idee des Staatenzusammenschlusses nach Kontinenten war in Genf der Gegenstand einer ersten inoffiziellen Fühlungsnahme der Völkerbundesdelegierten Südamerikas, die das frühere chilenische Staatsmitglied Vilegas in dieser Absicht zu einem Essen eingeladen hatte. Es wird angenommen, daß diese erste Aussprache im Laufe der nächsten Zeit weitere Erörterungen der südamerikanischen Staaten in dieser Richtung nach sich ziehen wird.

Badischer Teil

Tagungen

Der Badische Maler- und Tischlermeisterverband e. V. hielt eine außerordentliche Generalversammlung in Offenburg ab, die sich mit der Reorganisation des Verbandes auf neuzeitlicher Grundlage befaßte. Es wurde einstimmig beschlossen, daß zur intensiveren Werbetätigkeit neben der schon seit Jahren bestehenden Geschäftsstelle in Freiburg zwei weitere Bezirksgeschäftsstellen in Karlsruhe und in Mannheim errichtet werden sollen. Nachdem der bisherige Verbandsvorsitzende, Malermeister Haag (Karlsruhe), eine Wiederwahl ablehnte, wurde der gesamte Vorstand neugewählt. Einstimmig wurden die Herren Hugo Kollman (Heidelberg) zum 1. Vorsitzenden, Emil Feninger (Freiburg) zum stellvertretenden Vorsitzenden, und Gebhardt (Heidelberg) zum Kassierer gewählt. Als Tagungsort für das nächste Jahr wurde Mannheim bestimmt.

Aus der Landeshauptstadt Karlsruher Herbsttage 1929

Besondere Anziehungspunkte

Wie aus dem bereits erschienenen Vorprospekt der „Karlsruher Herbsttage“, herausgegeben vom Verkehrsverein, ersichtlich ist, sind unter den zahlreichen Herbstveranstaltungen dieses Jahres einige Höhepunkte bemerkenswert, die ohne Zweifel einen starken Fremdenverkehr nach Karlsruhe bringen werden.

So richtet sich die Aufmerksamkeit der hiesigen und auswärtigen Bevölkerung jetzt schon in erhöhtem Maße auf die öffentliche Werbekundgebung für das deutsche Lied, die am Sonntag, dem 22. September, auf verschiedenen größeren Plätzen der Stadt von der Karlsruher Sängervereinigung veranstaltet wird. Die Tatsache, daß in den letzten Jahren und Jahrzehnten unsere altvertrauten deutschen Volkslieder dauerlicher Weise viel zu wenig gepflegt wurden, begründet diese großzügige Demonstration für die schlichten Schönheiten des Volksliedes um so mehr, als uns am Tage der Kundgebung echte Perlen aus dem reichen Schätze des tiefen deutschen Volksgemütes dargeboten werden.

Das Programm der großen Kundgebung auf dem Plage vor der städt. Ausstellungshalle, das allen Besuchern der badischen Landeshauptstadt und Anwesenden bei der Feier hohe musikalische Genüsse bereiten wird, sieht als feierliche Einleitung den Vortrag des Niederländischen Dankgebets mit Dr.

Gesellschaft vor, worauf Trunks „Flamme empör“ gesungen wird. Von den Volksliedern seien unter anderem erwähnt: „Durchs Biesental gang i jekt na“, „Du Karlsruher Himmel“, „Ein Bursch und Mägdelein stinkt und schön“, mit ihren reizenden, zu Herzen gehenden Melodien. Den Beschluß der Feier bildet der Choral „Die Himmel rühmen“. Einzelheiten über die Darbietungen auf den andern Plätzen werden noch bekanntgegeben.

Am Sonntagabend findet im Badischen Landesbühnentheater die Aufführung der „Walfüre“ statt, die den Besuchern Karlsruhes noch Gelegenheit gibt, dieses herrliche Wagnerische Werk als zweiten Teil des Nibelungenrings anzuhören.

Auch die Darbietungen des Bayreuther Bundes der Deutschen Jugend e. V. am Sonntag, den 5. Oktober, ist als ein Höhepunkt der diesjährigen Herbsttage zu werten. Unter starker Beteiligung von Wagner-Freunden aus Karlsruhe und Umgebung wird am Hause Kaiserstr. 76, wo Wagner während seines Karlsruher Aufenthaltes Wohnung hatte, eine Gedenkfeier für Richard Wagner entfallen. Im Rahmen dieser Gedenkfeier findet auf dem Schloßplatz eine feierliche Gedenkfeier mit Ansprache, Chor und Orchesterbeiträgen statt. Am Abend wird im Badischen Landesbühnentheater „Götterdämmerung“ aus Wagners „Ring der Nibelungen“ aufgeführt.

Den ganzen Monat Oktober hindurch sind außerdem noch mehrere wertvolle kulturelle Darbietungen sowie wirtschaftliche und sportliche Veranstaltungen und Ausstellungen vorgesehen. Darunter ist als ein weiterer bedeutender Anziehungspunkt das anfangs November stattfindende 1. Badische Bruderkonvent (vom Mittwoch, dem 6. bis Sonntag, dem 10. November) zu nennen, das gleichzeitig mit einer sehenswerten Bruderkonvention die diesjährigen Herbsttage eindrucksvoll beschließt.

Vom Stadtpark. Vor einiger Zeit hat die Stadtverwaltung Anordnung getroffen, daß der südliche Teil des Stadtparks (der Tiergarten) des Nachts geschlossen wird, damit die Tiere des Gartens in ihrer Ruhe nicht gestört werden, und da jener Gartenteil keine genügende Beleuchtungsanlagen besitzt. Seither ist die Schließung um 10 Uhr abends erfolgt. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit wird der südliche Gartenteil nunmehr schon mit Einbruch der Nacht geschlossen. An den Zugängen wird die Schließungszeit jeweils angeschlagen sein. Besucher jenes Gartenteils haben mit Eintritt der Schließung den Garten zu verlassen.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die Annäherung des Tiefdruckausläufers brachte heute nacht und in den frühen Morgenstunden in unserem Gebiete den ersten Regen nach längerer Dürreperiode. Von Süden her ist wieder Aufbesserung erfolgt, doch ist unsere Witterung nunmehr in das zyklonale Stadium übergetreten und wird daher veränderlichen Charakter annehmen. Eine neue atlantische Zyklone ist der ersten, jetzt bei Spitzbergen angelangt, auf südlicherer Bahn gefolgt und hat Island erreicht. Ihr voraus ist ein Zwischenhoch über den britischen Inseln erschienen, das uns auf seinem östlichen Kurs vorübergehend wieder heiteres und trockenes Wetter bringen wird. Wetterausblick: Nach kühler Nacht örtliche Frühnebel, tagsüber wieder vielfach heiter und warm, vereinzelte Gewitter.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	13. September		12. September	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.16	168.50	168.21	168.55
Kopenhagen 100 Kr.	111.72	111.94	111.74	111.96
Italien . . . 100 L.	21.945	21.985	21.955	21.995
London . . . 1 Pf.	20.341	20.381	20.347	20.387
New York . . . 1 D.	4.197	4.205	4.198	4.206
Paris . . . 100 Fr.	16.41	16.45	16.42	16.46
Schweiz . . . 100 Fr.	80.81	80.97	80.84	81.00
Wien 100 Schilling	59.075	59.195	59.08	59.20
Prag . . . 100 Kr.	12.419	12.439	12.42	12.44

Großkraftwerk Mannheim AG. In der Generalversammlung wurde beschlossen, das Stammkapital um 2 Mill. Reichsmark, die vorläufig mit 25 Prozent eingezahlt sind, auf 6 Mill. Reichsmark zu erhöhen. Die Badenwerk AG, enthielt sich der Stimmabgabe. Das neue Kapital dient zum weiteren Ausbau der Werke. Es wird je zur Hälfte von den beiden Hauptstromabnehmern der Gesellschaft, nämlich der Stadt Mannheim und der Pfalzwerke AG, in Ludwigshafen, übernommen. Badenwerk und Redawerk AG. beteiligen sich nicht an der Kapitalerhöhung. Das Badenwerk gab damit auch seine bisherige qualifizierte Minderheit von 26 Prozent auf. Im Zusammenhang damit sind vier Vertreter der Badenwerk AG, aus dem Aufsichtsrat des Großkraftwerks ausgeschieden. Die vier Aufsichtsratsmitglieder sollen durch noch zu bestimmende je zwei Vertreter der Stadt Mannheim und der Pfalzwerke besetzt werden. Der Abschluß, der nach Zuweisung von 652.000 M an den Erneuerungsfonds einen Reingewinn von 256.428 M (1928/29) ausweist, wurde genehmigt. Die Stammaktien erhalten 7 Proz., die Vorzugsaktien Lit. A 10 Proz. und die Vorzugsaktien Lit. B 15 Proz. Dividende. Der Reservefonds betrug 8281 M, dem Wohlfahrtsfonds 40.000 M angefügt und 8207 M vorgetragen.

Maschinenfabrik Badenia vormals Wm. Flak Söhne AG, Weinheim. Der „N. Bad. Landesztg.“ zufolge ist das Angebot einer englisch-ungarischen Gesellschaft auf Übernahme des Werkes vom Stadtrat Weinheim abgelehnt worden. Die gleichzeitig geführten Verhandlungen mit weiteren Interessenten werden fortgesetzt. Über die Aussichten läßt sich naturgemäß jetzt noch nichts sagen, doch wird die Stadt durch Gewährung von Steuerermäßigungen weitgehend entgegenkommen.

Übergang der Karlsruher Lebensversicherungsbank auf den Münchener Rück-Konzern. Der „Frankf. Ztg.“ zufolge, sind nunmehr die Verhandlungen wegen des Verkaufs der 33proz. Minderheit am Aktienkapital der Karlsruher Leben, die sich im Portefeuille der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-AG befanden haben, gleichzeitig mit dem etwa 7proz. Aktienbesitz des früheren Direktors Rh. Beder von der Frankfurter Allgemeinen, zum Abschluß gekommen. Am diesen etwa 40proz. Besitz am vollgezählten Aktienkapital der Karlsruher Leben von 240 Mill. Reichsmark konfirmieren die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft für die Schweizerische Rückversicherungs-Gesellschaft; den Zuschlag erhielt mit einem Gebot, das bei etwa 8 Mill. Reichsmark liegen dürfte, die Münchener Rück. Diese wird also die 40 Prozent Aktien der Karlsruher Leben in ihr Portefeuille nehmen, ähnlich wie das mit dem 60proz. Aktienbesitz der Savag an der Ver. Berlinisch-Preussischen bereits der Fall gewesen ist. Technisch werden die neuen in den Münchener Rück-Konzern eingetretener Firmen, von welchen sie auch Rückdeckung erhalten, mit der Allianz und Stuttgarter Leben in enger Fühlung arbeiten. Die Karlsruher Leben erleidet bekanntlich nicht unbedeutliche Ausfälle an ihrem Besitz an jezt entwerteten Aktien der Frankfurter Allgemeinen.

„Graf Zeppelin“ wieder in Friedrichshafen
 Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Donnerstag wieder in Friedrichshafen eingetroffen und nach einer längeren Schleifenfahrt über der Stadt um 19.20 Uhr glatt gelandet. Die Fahrtdauer beträgt also fast 20 Stunden. Von Braunschweig aus wurde nach Magdeburg beauftragt. Der Rückflug erfolgte über Thüringen, Nordböhren und Württemberg. — Am 17. September, 5 Uhr früh, soll eine 24-Stunden-Fahrt nach Nordwestdeutschland bis an die Nordsee unternommen werden. In die Fahrt wird insbesondere der geplante Besuch Hamburgs eingeschlossen. 20 Passagiere werden auf dieser Fahrt mitgenommen. Der Passagierpreis wird sich auf 1200 Reichsmark belaufen.

Kleine Chronik

Auf der Kieler Germania-Werft Krupps ist ein Großbrand ausgebrochen, der erheblichen Schaden anrichtete. Er ist vermutlich darauf zurückzuführen, daß auf einem Prüfstande aus einem Auspuffrohr Funken herausdrangen. Die eiserne Dachkonstruktion der in Brand geratenen Halle ist größtenteils eingestürzt. Zwölf Dieselmotoren, die für Manila bestimmt waren, sind schwer beschädigt, zum Teil völlig vernichtet. Der Schaden wird auf Millionen geschätzt.

Der deutsche Schwergewichtsmeister Ludwig Haymann unterlag seinem Debut im New Yorker Madison Square Garden gegen den amerikanischen Schwergewichtler Tommy Griffith in der vierten Runde durch technischen Knoutout.

Die Gegend von Toulon wurde Donnerstag nachmittag von einem Zyklon von ungewöhnlicher Heftigkeit heimgesucht, durch den Bäume entwurzelt, Dächer abgedeckt und Fenster Scheiben zertrümmert wurden. Zahlreiche Personen wurden verletzt. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen. Im Hafen und in den tiefer gelegenen Stadtteilen richtete eine Überschwemmung große Verheerungen an.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl. Bei der Bürgermeisterwahl in Selbach wurde der bisherige Bürgermeister Karcher mit 267 Stimmen wiedergewählt. Von den Gegenkandidaten erhielten Gemeinderat und Bäcker Johannes Gornung 114 Stimmen, Gemeinderat Mathias Weber 16 Stimmen. Von 445 Stimmberechtigten stimmten 398 ab.

Fünftägig Jahre Bürgermeister. In den nächsten Wochen kann Bürgermeister Febr von Mittelschellens (Mosbach) sein 50jähriges Dienstjubiläum begehen.

Laßes künftiger Oberbürgermeister. Der Stadtrat Laß und der Wahlausschuß für die Oberbürgermeisterwahl in Laß wird den der demokratischen Partei nahestehenden Oberbürgermeister Wolters von Opladen, der schon im Vorjahre in enger Wahl stand, dem Bürgerausschuß zur Wahl vorschlagen. Da kein weiterer Vorschlag gemacht werden wird, so ist damit zu rechnen, daß Bürgermeister Wolters gewählt werden wird.

Umbau im Gaswert Billingen. Der Stadtrat Billingen hat beschlossen, vorbehaltlich der Genehmigung des Bürgerausschusses, die Apparatanlage im Gaswert mit einem aus Kreditmitteln zu bestreitenden Aufwand von 86 800 M umzubauen.

Bahnbauprojekt Waldshut—Jestetten. In Hohentengen bei Waldshut fand eine Versammlung von Gemeindevertretern und Interessenten statt, die den Zweck hatte, das langjährige Bahnbauprojekt Waldshut—Jestetten (Zollausflußgebiet) in den Vordergrund des Interesses zu rücken. Die Vertreter der Stadt Waldshut und Tiengen sagten ihre Unterstützung zu. Es wurde ein geschäftsführender Ausschuß eingesetzt. Man sprach sich dahin aus, daß nur eine Staatsbahn in Frage kommen könne. Die Gemeinden sind aus finanziellen Gründen nicht in der Lage, eine Bahn zu finanzieren. Es soll eine Bahn mit elektrischem Antrieb in Betracht kommen.

Straßenbau am Oberrhein. In Efringen b. Lörrach fand eine Besprechung des Kreisrates von Lörrach mit den Bürgermeistern und Gemeinderäten der am Ausbau des Rheinstädchens interessierten Gemeinden statt. Auch die Bezirke Lörrach und Müllheim haben ihre Landräte entsandt. Das vorliegende generelle Projekt fand Zustimmung Aufnahme, ferner wurden die Kostenfrage sowie die Beteiligung der zahlungsfähigen Stellen ausführlich durchgesprochen. Von seiten der beteiligten Rheingemeinden wurden mögliche Großzügigkeiten an der Durchführung des Projektes einer modernen Verkehrsstraße gefordert. Es wurde eine Kommission gebildet, bestehend aus einem Kreisvorsitzenden und den Bürgermeistern der verschiedenen Gemeinden, welche die Verhandlungen mit den zuständigen oberen Stellen aufnehmen werden.

Kurze Nachrichten aus Baden

6b. Bruchsal, 13. Sept. In hiesiger Stadt wurde nun wieder der Obstmarkt eingeführt, der sehr gut beschickt war. Das erstklassige Obst fand bei guten Preisen regen Absatz.

D3. Schönwald (Amt Triberg), 12. Sept. Gestern nachmittag gegen 6 Uhr brannten der Rathisen-Hof, Besitzer Johann Markt, und das benachbarte Wohnhaus des Arbeiters Karl Ragg vollkommen nieder. Es konnte nur wenig Mobiliar gerettet werden. Im Rathisenhof verbrannten große Mengen Erntevorräte.

D3. Konstanz, 12. Sept. Im Alter von 64 Jahren starb gestern abend Professor Dr. Ding vom Konstanzener Gymnasium. Er wurde am 6. September 1865 in Bruchsal geboren, studierte in Freiburg Theologie und Philosophie und wurde am 2. Juli 1890 in St. Peter zum Priester geweiht. 1896 kam er nach fünfjähriger Tätigkeit an der Landeslehrer-Anstalt in Sasbach nach Konstanz, wo er am 30. Mai 1900 als Professor planmäßig angestellt wurde. Seit dieser Zeit hat er ununterbrochen bis zum Ferienbeginn am Konstanzener Gymnasium gelehrt.

Badische Lichtspiele

Konzerthaus
Wiedereröffnung Samstag, 14. Sept.
 Samstag, Sonntag bis Donnerstag, 19. September, täglich 20,30 Uhr 797
Erstaufführung:
 Emma Zessarskaja
Das Weib des Gardisten
 Regie: Alexander Strischack u. Dimitrij Posnanski Sowkino, Moskau
 Als Einleitung zu diesem hervorragendem Film wird Herr Lichtenberger über seine Erlebnisse in 5jähriger Kriegsgefangenschaft in Sibirien sprechen
 Jugendliche unter 18 Jahren haben keinen Zutritt
 Kartenvorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße und im Büro, Klauprechtstraße 1 (9—1 und 3—4,30 Uhr) Preise 0,80—2,00 RM.
Sonntag, den 15. September, 16 Uhr
Jugendvorstellung
Das kalte Herz
 nach Wilhelm Hauffs Erzählung
 Schüler gegen Ausweis halbe Preise 0,40 bis 1,00 RM.

Feuerwehrschlauchwagen
Spritzenwagen
Leichenwagen
 liefert als Spezialität
3 verschiedene neue Leichenwagen
 sind preiswert abzugeben
Offerte u. Photographie kostenlos 358
JOSEF GUNZ,
 Wagenbauanstalt (gegr. 1879)
 Achern (Baden)

Inserieren bringt Erfolg!

Möblierte 3 Z.-Wohn.
 in Neubau, elegant eingerichtet, bestehend aus Herren-, Speise-, Schlaf-, Küche u. Zubehör. Nähe Bahnhof u. Stadtpark, preiswert zu vermieten. Offerten unter Nr. 797 an die Geschäftsstelle des Blattes.
 Schopfheim, § 515 Güterrechtsregisteramttrag Band I Seite 359: Hilt, Alfred, Schneidermeister in Schopfheim und Bina geb. Schler. Vertrag vom 31. August 1929; Gütertrennung. Schopfheim, 9. Sept. 1929. Bad. Amtsgericht.
 Schopfheim, § 524 Güterrechtsregisteramttrag Band I Seite 360: Weibel Rudolf, Mechanikermeister in Fahrmau und Hulda geb. Sutter. Vertrag vom 17. August 1929; Gütertrennung. Schopfheim, den 10. September 1929. Bad. Amtsgericht.
 Schopfheim, § 525 Güterrechtsregisteramttrag Band I Seite 361: Speier Franz, Fabrikarbeiter in Schopfheim und Frieda geb. Zab. Vertrag vom 28. August 1929; Gütertrennung. Schopfheim, den 10. September 1929. Bad. Amtsgericht.

Sommeroperette im Städt. Konzerthaus
HEUTE Freitag, 13. September, 20 Uhr
Letzte Vorstellung der Spielzeit
Auf allgemeinen Wunsch
Schwarzwaldmädel
 mit Marita Prach a. G.

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Möbel Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Küchen, einzelne Möbelstücke in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus
Maier Weinheimer
 Karlsruhe Zahlungserleichterung. Kronenstr. 32
 Kein Laden, daher billigste Preise 492

Sohlenmarktlotterie
Kasitt

Ziehungsliste
 Bei der heute stattgehabten, vor dem Notar vorgenommenen Losziehung sind die nachfolgenden Gewinne auf die beigegebenen Losnummern entfallen:

Los Nr.	Gew. Nr.	Gegenstand	Los Nr.	Gew. Nr.	Gegenstand
16	32	Weinfäß (55 Liter)	5386	115	Spaten
80	9	Fohlen	5494	90	Baßschiff u. Marktneß
244	98	Ruhmatte	5499	85	Schaukel mit Besen
275	89	Küchenetager	5777	70	Handsäge
278	17	Fohlen	5819	50	Einfachapparat „Reg“
289	114	Reißzange u. Hammer	5829	12	Fohlen
360	8	Fohlen	6005	5	Bargewinn 300 M
501	100	Teppichklapser mit Besen	6037	48	Marittasche
689	102	Jaucheschöpfe	6087	118	Rechen
805	54	Reißmaschine	6404	47	Spazierstock
815	92	Kartoffelhäde	6421	65	Sturmleuchte
833	6	Fohlen	6460	88	Ruhmatte m. Besen
866	13	Fohlen	6493	68	Kartoffelschaukel
987	75	Pferdepeitsche mit Striegel	6620	79	Garbesen
1327	62	tupferne Bettflache	6699	103	Schaukel
1433	59	Pferdebarbütsche elektr. Stehlampe	6706	63	tupferne Bettflache
1664	34	elektr. Stehlampe	6710	43	Krauthobel
1716	82	Stechschaukel	6729	99	Pferdepeitsche
1729	49	Baschford	6799	120	Baumfäge
1836	76	Marittasche und Besen	6965	77	Baschford
1908	21	Pferdegeschirr	7079	107	Biehardbütsche mit Striegel
2056	84	Schaukel mit Besen	7137	104	Rechen
2134	91	Handford	7157	56	Spazierstock
2223	16	Fohlen	7365	93	Handford
2466	37	Blumentisch	7386	95	Säge
2632	10	Fohlen	7399	64	Bieckanne
2647	35	Stallhalter	7459	86	Feldstuhl
2931	22	Herrenfahrrad	7511	53	Messingpfanne
2965	30	Ofen	7513	81	Dunggabel
2991	23	Reißfeuerzang	7527	113	Marktneß u. Besen
3039	97	Ruhkasten u. Besen	7625	42	1 Satz Aluminiumtöpfe
3055	11	Fohlen	7654	31	Küchenwaage
3059	4	Fohlen	7744	26	Weinfäß (118 Liter)
3114	15	Bargewinn 200 M	7750	7	Fohlen
3205	24	Müdenmühle	7945	106	Ruhfette
3249	112	Beil	7956	46	Reißford
3424	74	Pferdepeitsche mit Striegel	8224	38	Ruhstuhl
3431	39	Pferdebede	8278	47	verzinkte Wanne
3470	29	Schaukelflug	8316	61	Stiefel
3619	101	Jaucheschöpfe	8335	27	Regulator
3795	71	Dunggabel	8402	44	Reißeloffen
3852	2	Fohlen	8471	72	Reißeloffen
3870	117	Reißstrohbesen	8477	66	Tranchierbesteck
4029	52	Korbseffel	8548	111	Tränkimer
4081	36	Pferdebede	8554	40	1 Satz Emailtöpfe
4294	108	Biehardbütsche mit Striegel	8583	28	Stahlkaregge fünfbalzig
4521	87	Jugstränge	8656	80	Dunggabel
4593	119	Strahlenbesen	8821	88	Rugstränge
4640	1	Fohlen	8866	20	Bargewinn 150 M
4656	18	Fohlen	9003	14	Bargewinn 200 M
4721	110	Tränkimer	9342	25	Dezimalwaage
4724	96	Tränkimer	9388	41	1 Satz Aluminiumtöpfe
4753	94	Besen mit Teppichklapser	9517	69	Fahrradlampe
4765	51	Blumentänder	9544	19	Bargewinn 150 M
4823	55	Kasselle	9630	109	Kartoffelhäde
4835	78	Handford	9631	45	Beiler
4899	105	Ruhfette	9676	58	Attentafel
4996	73	Bieckanne	9714	33	Schlafzimmerampel
5045	67	Kartoffelschaukel	9723	116	Reißstrohbesen
5323	60	Pferdebarbütsche	9740	3	Fohlen.

Die Gewinne stehen von heute an auf Rechnung und Gefahr des Gewinners Gewinner von Fohlen haben für Fütterung und Pflege derselben 1,50 RM pro Tag zu entrichten.
 Kasitt, den 10. September 1929.
 Der Oberbürgermeister: J. B. Götzmann.



Badisches Landestheater
 Samstag, 14. September
 *A 1. Th.-Gem. 1—100
 Neu einstudiert
Fauft (I. Teil)
 Tragödie von Goethe
 Regie: Raumbach
 Mitwirkende:
 Bertram, Emarth, Frauenborfer, Genter, Quaiser, Rademacher, Ziegler, Hebeisen, Schäfer, Brand, Graf, Gemmecke, Herz, Fiedl, Gäder, Jüt, Kiencher, Klöble, Kuhne, Mehner, Müller, Preiter, Schneider, Schulze, v. d. Trenk, Frohmann, Geier, Grimm, Luther, Seibert.
 Anfang 19 Ende 22%,
 Preise A 0,70—5,00 RM.
 So., 15. IX. Neu einstudiert:
Fauft II. Teil,
 Mo., 16. IX. Keine Vorstellung.
 Die., 17. IX. Neu einstudiert: **Der Ring des Nibelungen,**
 Vorabend: **Das Rheingold,**
 Mi., 18. IX. **Fauft I. Teil,**
 Do., 19. IX. 1001 Nacht,
 Fr., 20. IX. **Unbrotstafel Hochzeit,**
 Sa., 21. IX. **Fauft II. Teil**
 So., 22. IX. Neueinstudiert **Der Ring des Nibelungen,**
 Erster Tag:
Die Walküre,
 Mo., 23. IX. **Periphere.**

COLOSSEUM
TÄGLICH 8 UHR
GASTSPIEL
Millowitsch
Detektiv -Institut
 „Argus“ Mannheim
 0 6, 6
 Planken
 Selbstanzuschuß 33305
 A. Maier & Co., G. m. b. H.